

**PRESSEMITTEILUNG****Pressesprecher****Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Finanzpolitik

**Hans-Jörn Arp:****Letzte Argumente für die Aufrechterhaltung des staatlichen Glückspielmonopols widerlegt**

Angesichts der vorab in der heutigen Ausgabe von „Focus Money“ veröffentlichten Ergebnisse einer ifo-Studie zum volkswirtschaftlichen Schaden des staatlichen Glückspielmonopols erklärt Hans-Jörn Arp, MdL: „Diese Studie widerlegt die letzten verbliebenen Argumente für die Aufrechterhaltung des staatlichen Glückspielmonopols“.

Laut ifo-Institut werden in Deutschland bei privaten Wettvermittlern und deren Zulieferern bis zum Jahr 2010 15.000 Stellen verloren gehen, sollte das Sportwettmonopol gemäß der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom März dieses Jahres durchgesetzt werden.

Ein ähnlich negatives Ergebnis gelte für die Differenz zwischen Spieleinsätzen und Gewinnausschüttungen (so genannter Rohertrag) beim Lotto. Dieser fiel im Monopolfall 2010 bis zu 1. Mrd. Euro niedriger als heute aus. „Damit würden die Einnahmen der Länder um rund 1/4 sinken und die Sportförderung sowie die Förderung weiterer gesellschaftlich gewollter Aktivitäten in Deutschland massiv gefährdet. Diese Förderung gesellschaftlich gewollter Aktivitäten – insbesondere des Breitensports, wie sie in Schleswig-Holstein gesetzlich verankert ist – wollen wir unbedingt aufrechterhalten“, erklärte Arp.

Arp erneuerte deshalb seine Feststellung, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Verbindung mit der Entscheidung des Bundeskartellamts und der Stellungnahme der EU-Kommission vom März, August bzw. April dieses Jahres eine völlig neue Ausgangslage für das Lotteriewesen geschaffen habe. Präventionsmaßnahmen und die Beobachtung von schwierigem Spielverhalten seien in einem regulierten Markt, den das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich für das Lotteriewesen zulasse, effektiv zu gewährleisten. „Damit gibt es keinen vernünftigen Grund mehr für die Aufrechterhaltung des staatlichen Glückspielmonopols“, so Arp abschließend.